



## „Das hätte es mit uns nicht gegeben, das ist klar“

Es gibt ein mühevoll ausgehandeltes Regierungsprogramm.

Die *asylkoordination*, aber auch andere NGOs haben einiges an diesem Programm kritisiert. Wie sehen Oppositionsparteien die Vorhaben der Regierung im Bereich Asyl, Migration und Integration?

Wir baten die Bereichssprecher\*innen **Stephanie Krisper (NEOS)** und **Reinhold Einwallner (SPÖ)** zum Doppelinterview.

Die Fragen stellten *Herbert Langthaler und Lukas Gahleitner-Gerz*.

**asyl aktuell:** Wir haben eine neue Regierung – die SPÖ und die NEOS sind nicht dabei. Uns als *asylkoordination* würde ihre Einschätzung des Kapitels Asyl, Migration, Integration im Regierungsprogramm interessieren.

**Reinhold Einwallner:** Im Bereich Inneres, Migration und Integration sehe ich ganz stark die Handschrift der ÖVP. Hier habe ich mir im Zuge der Regierungsverhandlungen von den Grünen mehr erwar-

tet. Das ist in Summe sehr enttäuschend. Bis hin zu dieser Koalitionsausstiegsklausel im Falle einer Krise, bei der niemand feststellen kann, wann etwas eine Krise ist. Hier sieht man das doppelgleisige Spiel der ÖVP, trotz neuem Koalitionspartner die eingeschlagene Politik weitermachen zu wollen. Auch im Bereich der BBU können wir das beobachten. Ich war mir sicher, dass man diese Agentur im Regierungsprogramm nicht mehr finden wird. Umso

interview

enttäuschender ist es, dass man sich mit dem Thema weiterhin herumschlagen muss und dass es jetzt die nächsten Umsetzungsschritte gibt.

**aa:** Den Grünen wurde vorgeworfen, sie hätten sich über den Tisch ziehen lassen. Hätte es anders ausgesehen, wenn Ihre Partei am Verhandlungstisch gesessen wäre?

**RE:** Solche „Was wäre wenn“-Fragen sind immer schwierig. Aber ja, natürlich hätte das Kapitel mit uns anders ausgesehen. Wobei ich natürlich weiß, dass vergangene Regierungsprogramme mit SPÖ-Beteiligung auch nicht zu hundert Prozent Zufriedenheit ausgelöst haben. Aber wenn es um Menschenrechte geht, um Grundsätzliches im Rechtssystem, wie die Abschaffung der unabhängigen Rechtsberatung, wäre die SPÖ nicht mitgegangen. Ich glaube, dass es ein Regierungsprogramm gegeben hätte, in dem beide Seiten konkrete Umsetzungsschritte definiert hätten. Jetzt haben wir ein Programm, das sehr einseitig sehr konkrete Umsetzungsschritte bei den ÖVP-Vorhaben zeigt und sehr allgemein formulierte Vorhaben in den „grünen“ Bereichen. Ich glaube, dass es da einen Unterschied gegeben hätte.

**Stephanie Krisper:** Wir hätten auf jeden Fall bei allen Vorhaben einen Zeitplan gefordert, wann man welche Reformschritte tätigt, weil man sonst als Koalition dazu verleitet ist, viel versprochen zu haben, aber langsam in der Umsetzung zu sein. Im Asylbereich bin ich sehr frustriert, weil es weitergeht mit dem, was sich Türkis/Blau vorgenommen haben. Es war für alle ein Schock, die „Willkürlichkeit“ im Regierungsprogramm wieder zu finden. Nämlich unter dem Kapitel „Asyl“, gedacht als diskriminierende Maßnahme für eine bestimmte Gruppe. Demnach harre ich gespannt einer ge-

setzeskonformen Regierungsvorlage. Das hätte es mit uns nicht gegeben, das ist klar. Wir waren die einzigen, die gesagt haben, dass es hier weder eine Dringlichkeit noch eine verfassungskonforme Umsetzungsmöglichkeit gibt.

Kurz hat ja klar gesagt, dass er nichts rückgängig machen wird, was unter Türkis/Blau gekommen ist. Die BBU und die Tatsache, dass die Rechtsberatung weiterhin in der BBU angesiedelt ist, ist total bedauerlich. Hier hat man schon mit einem nicht menschenrechtskonformen Zustand begonnen und hat keine Rückkehr zu rechtsstaatlichen Grundsätzen geschafft. Generell versuchen die Grünen zu kommunizieren, dass sie sehr viele „Grauslichkeiten“ nicht zugelassen haben, aber in Verhandlungen geht es darum, die eigenen Werte hineinzuverhandeln. Das haben sie im Bereich Innere Sicherheit, Asyl und Migration völlig verabsäumt. Was erleben wir jetzt? Innenminister Nehammer spricht von völlig absurden Verfahren an der ös-

**Kurz hat ja klar gesagt, dass er nichts rückgängig machen wird.**

terreichischen Außengrenze. Wir hören nichts von fairen, qualitätsvollen Verfahren, sondern irgendwelche populistische, nicht umsetzbare Ideen, die für manche Leute gut klingen, für uns nicht.

**RE:** Es bleibt das gleiche Spiel der ÖVP mit den Medien: Nehammer hat bei seinem Antrittsbesuch in Vorarlberg wieder den Mord in Dornbirn angesprochen und damit das Thema Sicherungshaft am Köcheln gehalten. Obwohl längst klar ist, dass in dem

Fall eine solche Regelung nichts gebracht hätte und die Probleme, dass es so weit gekommen ist, ganz woanders angefangen haben. Und die Grünen sind still bei diesem Thema.

**aa:** Beim Thema Sicherungshaft war die SPÖ ja nicht kategorisch dagegen. Klar ist aber, dass eine solche Haft nicht mit der österreichischen Verfassung vereinbar ist. Gäbe es eine Konstellation, in der die SPÖ einer Verfassungsänderung zustimmen würde, die eine Sicherungshaft möglich machen würde?

**RE:** Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Ich muss auch zurechtrücken, wie die Position der Partei in dieser Frage ist. Hier ist durch einen kurzen, sehr hochgespielten Halbsatz in einer Pressestunde ein falscher Eindruck entstanden. In der

men wird, nicht nur für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, sondern auch für das BVwG, wo ja sehr viele Verfahren hängen. Da wird man sehen, ob schnelle Verfahren Realität werden oder nur auf die alten Schlagzeilen von Türkis/Blau zurückgegriffen wird. Ich habe mir gedacht, entweder die Grünen sitzen mit uns in der Opposition und wir kämpfen gemeinsam tatkräftig für die Menschenrechte, oder wenn sie in der Regierung sind, liest sich das Regierungsprogramm anders. Eine starke grüne Stimme ist weg und lässt die ÖVP reden, wodurch Positionen leichter salonfähig werden, die unerträglich sind.

**aa:** Die SPÖ ist im Asyl- und Migrationsbereich relativ zurückhaltend. Warum? Gibt es keine Position, oder ist diese schwer zu vermitteln?

**RE:** Wir haben tatsächlich Phasen hinter uns, in denen wir sehr zurückhaltend waren. Ich versuche jetzt, hier wieder etwas offensiver zu werden. Das war eine der Motivationen, warum ich diesen Bereich übernommen habe. Ich bin der Meinung, dass wir in diesem Bereich eine klare Positionierung brauchen. Ich nehme hier als Beispiel die Mission Sophia, bei der ich eindeutig der Meinung bin, dass man sie fortführen muss. Wir haben einen Bundeskanzler, der sich gegen europäische staatliche Missionen stellt. Derselbe Bundeskanzler stellt sich auch gegen jegliche Hilfestellung von NGOs im Mittelmeer. Es kann ja nicht die österreichische Position sein, dass man Menschen beim Ertrinken zuschaut. Daher glaube ich, dass es natürlich eine staatliche Mission braucht, zum einen wegen der Grenzkontrollen und der Kontrolle des Waffenembargos, zum anderen natürlich wegen der Aufnahme von in Not geratenen Flüchtlingen.

## Eine starke grüne Stimme ist weg und lässt die ÖVP reden.

Fraktion war in der letzten Legislaturperiode die Position zum Vorschlag der Regierung schon sehr eindeutig. Da gibt es keine zwei Flügel. Die SPÖ kann sich nicht vorstellen, einer Haftform wie dieser zuzustimmen, weder in der letzten Legislaturperiode noch jetzt.

**StK:** Ich bin schon der Meinung, dass wir besser verhandelt hätten. Wir hätten darauf geachtet, dass nur verfassungskonforme, menschenrechtskonforme Maßnahmen in ein Regierungsprogramm Eingang finden. Das ist ein Mindeststandard, von dem man gar nicht reden sollte. Es setzt sich jetzt fort. Wir werden sehen, wie viel Budget die Justizministerin Zadić bekom-

Man tut so, als ob mit dem Wiedereinsetzen der Mission die Flüchtlingszahlen steigen würden. Das stimmt nicht. Wenn man sich die Zahlen anschaut, auch in der Zeit, wo es die Mission gegeben hat, gab es keine großen Steigerungen. Die Zahlen sind davon unabhängig, ob eine Mission Sophia vor Ort ist oder nicht, weil Flucht andere Ursachen hat. Die SPÖ muss in diesem Bereich wieder stärkeres Profil bekommen.

**aa:** Was ist der Fokus für die Arbeit der NEOS im Bereich Asyl? Gibt es da einen Punkt, auf den man sich konzentriert, weil man hier auch als Oppositionspartei etwas bewirken kann?

**StK:** Ich stelle viele parlamentarische Anfragen in dem Bereich, wobei es drei Punkte gibt, auf die wir uns konzentrieren: Einmal die Qualität der Verfahren beim BFA zu heben, was dazu führen würde, dass die Menschen schon in dieser ersten Instanz Klarheit bekommen und man die zweite Instanz entlasten könnte. Da geht es um faire Verfahren, wo man vor allem Einzelfälle hat, denen ich nachgehe und wo bekannt wird, dass hier völlig inkorrekt vorgegangen wird. Aber als zweites haben wir auch systemische Fragen im Fokus, wie zum Beispiel – Stichwort Mahringer – die Beweiswürdigung, in der Länderfeststellungen eine große Rolle spielen. Was mich zum Thema Afghanistan bringt, wo wir nach wie vor der Meinung sind, dass Abschiebungen auszusetzen sind, solange es kein rechtsstaatskonformes Verfahren gibt, was inkludiert, dass man seriöse Gutachter\*innen heranzieht oder Staatendokumentationen korrekt wiedergibt. Das dritte Thema ist die BBU. Wenn diese schon unter Türkis/Grün eingeführt wird, darf zumindest der Qualitätsbeirat kein zahnlöser Tiger sein und muss hier wirklich Kontrolle ausüben können. Es wäre auch wichtig, dass die Justizministerin eine

Person mit entsprechenden Kompetenzen und Seriosität als Bereichsleiter\*in für die Rechtsberatung bestellt und man darauf achtet, dass Rechtsberater\*innen entsprechend hohe Qualifikationserfordernisse erfüllen. Da erwarten wir uns hohe Standards. Wir werden jedenfalls die Arbeit der BBU mit parlamentarischen Anfragen kritisch begleiten.

**aa:** Es wurden ja vom Verfassungsgerichtshof viele Herzensthemen von Türkis/Blau aufgehoben. SPÖ und NEOS allein haben zwar im Bundesrat nicht das erforderliche Drittel der Sitze, aber wäre es trotzdem denkbar, dass man eine Beschwerde zur Überprüfung der Rechts- und Verfassungskonformität an den Verfassungsgerichtshof heranträgt?

**StK:** Ich habe hier schon mit Verfassungsrechtler\*innen gesprochen und man ist sich da nicht so einig, wie erfolgreich eine solche Beschwerde wäre, weil es eher ein systematisches Problem ist, das zu menschenrechtlich bedenklichsten Zuständen führt als zu einer klaren individuellen Menschenrechtsverletzung. Daher ist die Frage, ob das klar verfassungswidrig ist.

Viele NGOs in diesem Bereich haben gute Arbeit geleistet und sind kompetent. Sie sind auch günstiger. Das Absurde ist ja, dass hier die Rechtsberatung unter einer ÖVP – die immer gegen Verstaatlichungen ist – verstaatlicht und dadurch viel teurer wird. Es ist eine pure ideologische – nämlich fremdenfeindliche – Entscheidung, die sachlich auf keiner Ebene gerechtfertigt ist.

**RE:** Bezüglich der Verfassungsbeschwerde finde ich es auch wichtig, die Chancen gründlich abzuwägen.

**aa:** Ein anderes Thema sind die in grenznahen Zentren abzuwickelnden Asylverfahren

ren. Hierbei haben sich die Landeshauptleute nach der Ankündigung des Innenministers vehement dagegen ausgesprochen. Gibt es außer dem Florianiprinzip – dass man so etwas nicht im eigenen Bundesland haben will – noch andere Gründe, die dagegen sprechen?

**RE:** Was spricht dafür? Es gibt kein Argument dafür. Das war eine hirnrissige Idee mit einer Halbwertszeit von zwölf Stunden, dann ist Nehammer sofort zurückgerudert. Das ist ein Unsinn. Wir brauchen gute Verfahren, Rechtssicherheit, genügend viele und ordentlich bezahlte Dolmetscher\*innen. Das sind die Kriterien, die ein Verfahren in der Qualität verbessern und nicht, wo ich das abwickle.

**StK:** Wir fänden als NEOS ideal, an der EU-Außengrenze nach einer Registrierung eine Vorabklärung zu machen, um die Flüchtlinge dann nach vernünftigen Kriterien, wie familiäre Anbindung, Sprachkenntnisse etc., auf die EU-Länder zu verteilen. Aber das Verfahren an sich an der Außengrenze Österreichs machen zu wollen, ist ein lächerlicher Vorschlag. Das Land ist ja nicht so groß, da geht es um ein Narrativ dahinter, dass man die Leute nicht will, dass sie Aussätzige sind, die man schon an der Grenze behandeln will, wie einen Virus. Funktionieren kann das nicht, ich brauche ja die Rechtsberater\*innen vor Ort etc. Das ist schlicht absurd.

**aa:** Anlässlich der Diskussion rund um die grenznahen Zentren hat es ja eine Reaktion Ihrerseits, Herr Einwallner, gegeben, in der Sie die Forderung nach Rückübernahmeabkommen mit Herkunftsländern erhoben haben. An welche Länder haben Sie konkret gedacht?

**RE:** Grundsätzlich ist es wichtig, mit möglichst vielen Ländern entsprechende

Abkommen abzuschließen. Das ist eines der Themen, die wir schon eingemahnt haben, als Kurz Außenminister war und kritisiert haben, dass er da zu wenig getan hat. Ich kann ihnen jetzt kein konkretes Land nennen, aber es braucht in diesem Zusammenhang auf jeden Fall mehr und nicht weniger Europa. Aber die Position der Regierung ist, sich abzukapseln und sogar Entwicklungen aktiv zu blockieren.

**aa:** Die Erfahrung mit dem – Afghanistan von der EU abgepressten – Rückübernahmeabkommen waren ziemlich einschneidend: Sobald es möglich war, Menschen nach Afghanistan abzuschicken, haben sich auch die negativen Verfahrensausgänge gehäuft. Wie sehen Sie das?

**RE:** Afghanistan ist ein schwieriges Thema, weil die Sicherheit nicht gegeben ist. Aber gleichzeitig muss man schauen, dass man weitere solcher Abkommen anstrebt und das nicht hintanstellt, nur, weil man in einem Fall negative Erfahrungen gemacht hat.

**aa:** Gibt es zu den Abschiebungen nach Afghanistan eine Position der SPÖ?

**RE:** Ich sehe das sehr kritisch. Derzeit soll es aus unserer Sicht keine Rückführungen nach Afghanistan geben.

**aa:** Wie sehen die NEOS die Frage der Rückführungen?

**StK:** Es muss Rückführungen geben, sonst führt sich das Asylverfahren ad absurdum. Das ist auch ein Teil des Rechtsstaates, der für sein Funktionieren dazu gehört. Ich bin der Meinung, dass im Falle Afghanistan die Entwicklungen seit diesem Rückübernahmeabkommen eine klare Sprache sprechen. Daher setze ich mich auch für qualitätsvolle Verfahren ein. Rückführungsabkommen sind notwendig,

interview

gerade für Nordafrika, wo es wenige Asylwerber\*innen mit Asylgründen gibt und eine Rückführung das Ergebnis eines Asylverfahrens sein sollte. In Brüssel geht nichts weiter, daher können Länder nur etwas erreichen, wenn sie bilaterale Abkommen abschließen. Es geht auch um Anreize wie Visa-Kontingente, wenn ich auf Augenhöhe verhandeln will. Wenn Menschen, die keine Asylgründe haben, nach einem fairen Verfahren zurückgeführt werden, kann das andere davon abhalten, sich mit geringster Aussicht auf Erfolg auf die gefährliche Reise übers Mittelmeer zu machen.

**aa:** Was macht man, um Fluchtgründe zu vermeiden? Was müsste Österreich hier machen – so man eine Außenpolitik hätte?

**RE:** Es braucht wieder eine aktive Außen- und Friedenspolitik. Es ist natürlich eine Frage der EU. Es ist eine Frage, wie wir uns europäisch verhalten. Man muss der Realität ins Auge sehen: Flucht kann man nicht abstellen. Es wird immer Flüchtlinge und Fluchtgründe geben und in einer Region wie Mitteleuropa, wo wir so viel Reichtum haben, muss es Aufnahmemöglichkeiten für Flüchtlinge geben. Natürlich wäre es ideal, wenn es ein einheitliches europäisches Asylverfahren gäbe, wenn man an den europäischen Außengrenzen die Registrierungen durchführen würde und legale Routen mit Unterstützung des UNHCR ermöglichen könnte. Von diesem Ideal sind wir aber leider sehr weit weg. Daher muss man politisch alles, was möglich ist, tun, auch wenn es nicht leicht ist.

Auch das Argument, die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu stärken, damit wir dann Flucht und Migration verhindern können, ist ein Unsinn. Fluchtgründe sind andere und EZA funktioniert nach anderen Prämissen. Es ist beides

wichtig, aber man muss alles dafür tun, die wirklichen Fluchtursachen zu vermeiden und das sind in erster Linie unsichere politische Verhältnisse und hier hat Europa eine bedeutende Rolle.

**StK:** Wir sind gegen eine Politik der Bekämpfung von Symptomen und dafür, präventiv zu handeln und Leid zu verhindern. Das bedeutet, dass man als EU (und dabei sollte Österreich eine klare und kon-

## Es braucht wieder eine aktive Außen- und Friedenspolitik.

struktive Sprache sprechen) bei Konflikten medierend und deeskalierend einwirkt. Österreich könnte viel mehr Hilfe vor Ort leisten, viel mehr Programme internationaler Organisationen unterstützen, die vor Ort arbeiten.

Wir sind für einen Ausbau von legalen Möglichkeiten, damit es nicht nur die Stärksten sind oder die, die das Geld aufbringen können, die es auf den gefährlichen Wegen schaffen. Wir fordern Resettlement-Programme, die bei der aktuellen Regierung anscheinend gar kein Thema sind.

Was Migration betrifft, setzen wir uns für ein sinnvolles Migrationsgesetz ein. Die Rot-Weiß-Rot-Card hat sich – weil es so viele Hürden gibt – in der Praxis nicht bewährt. Hier sollte man weltoffener sein, was auch für den Wirtschaftsstandort Österreich wichtig wäre.

**aa:** Gibt es auf europäischer Ebene Prioritäten, die man verfolgen müsste?

**RE:** Das gemeinsame EU-Asylsystem ist nach wie vor ein wichtiger Punkt. Es muss eine Verteilungsform für ganz Euro-

pa gefunden werden. Man hat das ja auch in Österreich gemacht, zwischen den Bundesländern, und dann in meinem Bundesland (Vorarlberg) das so heruntergebrochen, dass alle 96 Gemeinden dementsprechend Leute aufgenommen haben. Hier hat man gesehen, wie das funktionieren kann. Ich bin überzeugt, dass – wenn auch schwieriger – ein solches Modell auch auf gesamteuropäischer Ebene möglich sein muss. Man muss das auch stärker einbringen, denn das Nichtfunktionieren einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik ist ein enormer Gewinn für die rechten Par-

man vorzeigen, wie es ginge. Wir haben im Programm eine Koalition von Ländern, die auch regional zusammenhängen, Deutschland, Frankreich und Spanien, wo es nicht dabei bleibt, dass die EU-Staaten jedes Mal einen Herzinfarkt bekommen, wenn sich 40 Menschen auf einem Boot nähern. Diese Länder sagen dann: „Wir nehmen sie, wir machen schnelle faire Verfahren, schaffen bilateral Rückführungsübereinkommen, wo man sie braucht“ und zeigen so, dass es geht. Das wäre ein Schritt, bis sich gesamteuropäisch etwas tut. Hier muss man weiterhin dranbleiben. Ich bin der Meinung, dass jedes EU-Land Asylwerber\*innen aufnehmen muss und sich nicht mit Geldleistungen freikaufen kann. Man sollte bei den Ländern, die sich geweigert haben, bei Verhandlungen auch die finanziellen Daumenschrauben anziehen. Es gibt am EuGH gerade das Verfahren gegen Ungarn, und in Italien den Prozess gegen Salvini. So werden alle daran erinnert, dass wir uns in der EU Regeln gegeben haben, an die es sich zu halten gilt.

**RE:** Nicht aufgeben ist wichtig. Wo wären wir in der EU, wenn wir immer gleich aufgegeben hätten. Manches dauert in der EU irrsinnig lange, aber das ist auch ein wenig das Wesen der Europäischen Union.

## Im Regierungsprogramm steht explizit, in Brüssel sei man gescheitert.

teien in Europa. Indem man Lösungen immer wieder vor sich herschiebt, kann man bei Wahlen billig Stimmen gewinnen.

Es ist eine große Anstrengung, die Stimmung zu drehen. Beim Thema „Lehre für Asylwerber“ ist das gelungen. Die Menschen haben gesagt: Selbstverständlich sollen die jungen Menschen eine Lehre fertigmachen dürfen und dann auch Möglichkeiten haben zu arbeiten. Wir müssen dieses Thema mit positiven Beispielen transportieren.

**StK:** Im Regierungsprogramm steht explizit, in Brüssel sei man gescheitert. Das halte ich für keinen legitimen Zugang für die Politik. Man muss weiterverhandeln. Es ist einfach der Wille nicht da. Österreich war bei diesen Verhandlungen auch nicht immer einfach, man ist hier nicht auf der konstruktiven Seite. Solange – auch wegen Österreich – nichts weitergeht, könnte